

Dossier

Jugend ohne Arbeit

Bereits zwei Wochen nach den Wahlen kündigte der noch amtierende Arbeitsminister Nicolas Schmit an, die neue Koalition plane ein ehrgeiziges Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hauptbestandteil dieses Programms wird die auf EU-Ebene beschlossene „Jugendgarantie“ bilden. Demnach soll ein junger Arbeitssuchender, spätestens vier Monate nachdem er sich beim Arbeitsamt gemeldet hat, ein Angebot in Form eines Jobs oder einer Ausbildung bzw. eines Praktikums erhalten.

In Luxemburg soll diese „Garantie Jeunesse“ ab Juni 2014 umgesetzt sein. Die alte Regierung plante die Jugendverbände (CGJL, Jugendparlament, nationale Schülerkonferenz) über einen sogenannten „dialogue structuré“ in die Ausarbeitung der Garantie einzubinden. Deren Stellungnahmen werden aber kaum vor Februar vorliegen. Unklar bleibt also, ob der Zeitplan realistisch ist. Darüber hinaus wird die „Garantie Jeunesse“ kaum Neues bringen. Die bestehenden Strukturen und Maßnahmen sollen durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen besser genutzt werden. Hauptsächlich soll das aktuelle „Projet Jeunes“ ausgebaut werden, das sich ausschließlich an Jugendliche richtet, denen grundlegende Kompetenzen fehlen. Für qualifizierte junge Arbeitssuchende wird sich hingegen wenig ändern.

An den Schwierigkeiten junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt wird die „Garantie Jeunesse“ wenig ändern. Ein immer größerer Anteil der Bevölkerung arbeitet, u. a. weil immer mehr Frauen beruflich aktiv sind und viele Arbeitnehmer später in Rente gehen. Dies erschwert den Zugang für junge Menschen. In Luxemburg kommt die vermutete Konkurrenz oft überqualifizierter und hochmotivierter Grenzgänger hinzu. „Der Weg in den Be-

ruf verläuft immer häufiger über prekäre Beschäftigungsformen“, kritisierte die CGJL im Mai 2013 in ihrer Stellungnahme. Fast jeder Berufseinsteiger sei

In Luxemburg soll die „Garantie Jeunesse“ ab Juni 2014 umgesetzt sein.

heute mit befristeten Arbeitsverträgen, niedrigem Einkommen und unbezahlten Praktika konfrontiert.

„Der Arbeitsmarkt hat sich gewandelt“, sagen hingegen die Verantwortlichen der ADEM und sehen in einem befristeten Vertrag eine meist notwendige Zwischentappe (siehe S. 29). Zwar gelten diese Maßnahmen für junge Arbeitssuchende (Contrat appui-emploi und Contrat d'initiation emploi) innerhalb der ADEM als Erfolg. Trotzdem sind viele Akteure skeptisch, ob diese Form der Lohnsubventionierung tatsächlich dazu führt, dass mehr jüngere Menschen eingestellt werden. Da die Maßnahmen eine hohe Belastung für den Fond pour l'Emploi darstellen, müsse man über den Nutzen einiger Maßnahmen diskutieren, so wurde Claude Meisch im *Lëtzebuurger Land* zitiert.

Laurent Schonckert, Generaldirektor von Cactus, sieht noch ein weiteres Problem (siehe Interview S. 34). Staatliche Subventionen nützen wenig, wenn Arbeitgeber keine geeigneten Kandidaten finden, die sie auch einstellen wollten. Auch ohne in Kulturpessimismus abzurutschen, gehört eine wachsende Diskrepanz zwischen der Lebenseinstellung junger Menschen und den Anforderungen der Arbeitswelt zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Viele wollen hinter einer Theke stehen und Handys verkaufen, kaum jemand will sich

hingegen zum Dachdecker oder zur Näherin ausbilden lassen. Das „soziale Prestige“ eines Berufs sei wichtiger als die Perspektiven, die damit verbunden sind, klagen die ADEM-Verantwortlichen.

Dass sich Arbeitgeber und junge Arbeitssuchende fremd sind, verwundert kaum, denn Zweidrittel der 15- bis 24-Jährigen haben keinen Kontakt zur Arbeitswelt. Anders als in den Niederlanden oder Deutschland haben viele junge Menschen erst nach Ende ihrer Schulzeit oder des Studiums Kontakt zu den Realitäten des Arbeitsmarkts. Das zeigt sich ebenfalls daran, dass Praktika in Luxemburg noch immer nicht gesetzlich geregelt sind – was sich allerdings bald ändern soll.

Zwar hat sich die Berufsorientierung durch die Arbeit der Action Locale pour Jeunes und der Maison de l'orientation bereits verbessert. Eine stärkere Verschränkung zwischen Schule und Arbeitswelt durch ein größeres Angebot an Praktika könnte den Jugendlichen bei der Berufsorientierung helfen und ihnen ermöglichen, „soft skills“ zu entwickeln: Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit, Engagement usw. Auch beinhaltet das Programm der kommenden Regierung eine (erneute) Reform der Berufsausbildung. In jedem Fall wird sich die Ausrichtung von Schule und Ausbildung in Zukunft mehr an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren müssen – auch am Widerstand der Lehrer im klassischen Sekundarunterricht vorbei.

Das *forum*-Dossier bietet einen Einstieg zum Verständnis eines sozialen und ökonomischen Problems, das mittlerweile auch Luxemburg fest im Griff hat und das ein zentrales Thema für die Politik der kommenden Jahre sein wird.